

cfd

Stärkt Frauen. Öffnet Perspektiven.

/

Christlicher Friedensdienst / Falkenhöheweg 8 / Postfach 5761 / CH 3001 Bern

Tel. 031 300 50 60 / Fax 031 300 50 69 / info@cf-d.ch.org / www.cf-d.ch.org / PC 30-7924-5



Medienkonferenz Start der Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen»
23. November 2009

**GEGEN
GEWALT
AN FRAUEN**
25.11. – 10.12.

Cécile Bühlmann, cfd-Geschäftsleiterin

Die Kampagne «16 Tage gegen Gewalt an Frauen» zum zweiten Mal in der Schweiz. Gewalt gegen Frauen ist mehr als häusliche Gewalt.

Warum die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen?

An 16 Tagen zwischen dem 25. November und dem 10. Dezember finden zum zweiten Mal in der Schweiz über 65 Veranstaltungen statt, die auf verschiedene Formen von Gewalt gegen Frauen aufmerksam machen. In vielen anderen Ländern gibt es bereits seit längerem die 16 Tage gegen Gewalt an Frauen. Warum diese Zeitspanne? Der 25. November ist der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen und der 10. Dezember der Internationale Menschenrechtstag. Mit der Verbindung der beiden Daten machen Frauen auf der ganzen Welt darauf aufmerksam, dass Gewalt gegen Frauen eine Menschenrechtsverletzung ist. Es ist die weitest verbreitete Menschenrechtsverletzung überhaupt!

Mit Gewalt in der einen oder der anderen Form ist im Laufe ihres Lebens fast jede Frau auf der Welt konfrontiert. Das Ausmass und die Form der Gewalt gegen Frauen sind abhängig von den Gesellschaftsnormen und den wirtschaftlichen, sozialen und politischen Machtstrukturen, die in einer Gesellschaft vorherrschen. Es gibt Umstände, die der Gewalt besonders förderlich sind: Armut, patriarchale Kultur und Tradition, Krieg, Flucht und Migration.

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter

Häusliche Gewalt, die gezielte Abtreibung weiblicher Föten, die Bedrohung von Frauen mit Waffen, Mord im Namen der «Ehre», Vergewaltigung und sexuelle Belästigung, Stalking, Zwangsprostitution, Frauenhandel, Zwangsheirat, sexuelle Verstümmelung, geschlechtsspezifische Gewalt als Kriegswaffe in bewaffneten Konflikten, in all diesen Fällen ist Gewalt direkt erkennbar. Da diese Gewalt von einem bestimmten Akteur oder einer Akteurin ausgeht, spricht man von direkter Gewalt. Hingegen nicht auf den ersten Blick sichtbar ist die indirekte oder strukturelle Gewalt. Sie äussert sich in ungleichen Machtverhältnissen und folglich ungleichen Lebenschancen. Zu ihr gehören Diskriminierung aufgrund des Geschlechts wie Lohnungleichheit, Nichtbeförderung am Arbeitsplatz oder das Fehlen eines zivilstandsunabhängigen Aufenthaltsrechts für Migrantinnen.

Warum ist die Kampagne nötig?

Der gefährlichste Ort für Frauen – zumindest in der Schweiz – bleibt das eigene Zuhause. In der Schweiz sind Schusswaffen nach dem Strassenverkehr das grösste Sicherheitsrisiko für Leib und Leben. Für Frauen erhöht sich die Wahrscheinlichkeit bei häuslichen Auseinandersetzungen ermordet zu werden um das fünffache, wenn Waffen im Haus sind. In Bezug auf die Häufigkeit von

Familienmorden im Vergleich zu Tötungsdelikten insgesamt, hält die Schweiz mit 46% einen traurigen Weltrekord – weit vor Australien mit 35% und den USA mit 16%. (Zeitschrift Crimiscopie Nummer 33 – Dezember 2006). Nur frühzeitige Sensibilisierung für die sozialen Rollen von Männern und Frauen und der gezielte Abbau aller Machtungleichgewichte zwischen den Geschlechtern kann der geschlechtsspezifischen Gewalt nachhaltig entgegen wirken. Ziel ist nicht allein der Schutz, sondern auch Empowerment verstanden als Stärkung der Selbstkompetenz.

Die Verpflichtung der Schweiz, sich gegen Gewalt zu engagieren

Im Jahr 1997 hat die Schweiz die internationale Konvention zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) ratifiziert. Diese bezeichnet «physische, sexuelle und psychologische Gewalt innerhalb der Familie oder der Gesellschaft ...» als Gewalt gegen Frauen. Die UNO-Erklärung über die Beseitigung der Gewalt gegen Frauen von 1993 sieht in der Gewalt gegen Frauen «eine Ausdrucksform der historisch ungleichen Machtverhältnisse zwischen Männern und Frauen, die zur Beherrschung und Diskriminierung der Frauen durch die Männer geführt hat». Mit der Unterzeichnung von CEDAW ist die Schweiz die bindende Verpflichtung eingegangen, sowohl die direkte wie auch die indirekte Gewalt gegen Frauen zu bekämpfen. Der cfd versteht sein Engagement als Beitrag der Zivilgesellschaft, diesen Auftrag zu erfüllen, jedoch steht hauptsächlich der Staat in der Pflicht, Frauen und Männern eine geschlechtergerechte Gesellschaft zu garantieren. Aus diesem Grund haben wir die für dieses Dossier zuständige Vorsteherin des Eidgenössischen Polizei- und Justizdepartements, Bundesrätin Eveline Widmer-Schlumpf an diese Medienkonferenz eingeladen.

Der erweiterte Schweizer Fokus

Der Aspekt der Sicherheit zieht sich wie ein roter Faden durch die diesjährigen «16 Tage gegen Gewalt an Frauen». Doch was die Schweizer Kampagne von der anderer Länder abhebt, ist ihr Anspruch, auch strukturelle Gewaltfragen zu thematisieren. Die Gewerkschaft Unia veranstaltet Informationsanlässe zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und Lohnungleichheit. Terre des femmes bringt mit der Ausstellung «Reality Check» das Thema sexistische Diskriminierung von Frauen in der Werbung in die Kampagne ein. An der Universität Bern diskutiert Ursula Keller vom cfd mit der Südafrikanischen Professorin Sheila Meintjes über die Auswirkungen von Männlichkeitsvorstellungen auf die Sicherheit von Frauen und Männern in Nachkriegsgesellschaften. AktivistInnen können sich bei Radioballetten in Winterthur und Basel persönlich in Szene setzen und Gewaltformen im öffentlichen Raum darstellen. Daheimgebliebene informieren Radio X, Radiostadtfilter und Radio LoRa über Kampagneninhalte.

Dies ist nur ein Ausschnitt aus der Vielfalt der Veranstaltungen – das Angebot an Information ist gross und Sensibilisierung nach wie vor vonnöten.

Der cfd ist eine unabhängige Friedensorganisation. Gemeinsam mit lokalen Organisationen unterstützt der cfd Projekte für Frauen in Nahost, in Südosteuropa und im Maghreb. In der Schweiz realisiert der cfd Projekte für Migrantinnen und nimmt Stellung zu friedens- und migrationspolitischen Fragen.